



# Wozu ist die Straße da?

Grüne fordern Konzepte für Parkraumbewirtschaftung / Parken am Straßenrand soll nicht mehr kostenfrei sein

Ein gewohntes Bild in vielen Straßen: Dicht an dicht stehen – wie hier in der Bergstraße – geparkte Autos.

Foto: Guido Neidinger

Die Grünen im Gemeinderat wollen die Parkraumbewirtschaftung in Lörrach zügig weiterentwickeln.

**Lörrach.** Um dem aktuell beschlossenen Beitritt zur Charta des AGGLO-Programms Basel zur „Harmonisierung der Parkraumbewirtschaftung“ möglichst rasch Substanz zu verleihen, wollen die Grünen im Gemeinderat die Verwaltung beauftragen, den aktuellen Stand der Parkraumbewirtschaftung in Lörrach darzustellen. Dies betrifft nicht nur die gebührenpflichtigen Innenstadtparkplätze, sondern die Gesamtheit der in Lörrach als Parkraum nutzbaren und genutzten Straßenräume.

Damit soll die Basis für eine ebenfalls zeitnah zu führende Diskussion gelegt werden, in welchen Stadtteilen/Zonen eine Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung, also das Einrichten von Bewohnerparkplätzen und Zeitparkplätzen, sinnvoll ist. Angesichts dramatisch knapper Finanzmittel wäre es nach Ansicht der Grünen darüber hinaus wünschenswert, bereits in diesem frühen Stadium erste Kalkulationen darüber vorzulegen, mit welchem Verwaltungsaufwand zu rechnen ist oder welcher

finanzielle Rückfluss aus diesen Maßnahmen erwartet werden kann.

## Begründung

In der Begründung des Antrags heißt es: „Die aktuelle Coronakrise hat noch einmal in besonderer Weise vor Augen geführt, welche Bedeutung öffentlichem städtischem Raum auch jenseits von reinen Konsum- und Verkehrsflächen als Aufenthaltsmöglichkeit mit qualitativ hochwertiger Verweil- und Nutzungsqualität zukommt. Es hat sich gezeigt, dass Lörrach hier – wie viele andere Städte auch – erheblichen Nachbesserungsbedarf erkennen lässt.“

Einen wesentlichen Faktor stellt dabei die Tatsache dar, dass insbesondere der limitierte Straßenraum in Wohnquartieren als Park- und Abstellraum durch Fahrzeuge immer dichter zugestellt wird, was nicht nur jede andere Nutzung praktisch komplett verhindert, sondern auch den Straßenverkehr selbst auf diesen Straßen immer schwieriger gestaltet. Autofahrer, Fußgänger und Radfahrer leiden gleichermaßen an steigender Unübersichtlichkeit und Enge. Die Einrichtung sicherer Radwege kollidiert oft mit geparkten PKW-Kolonnen. Hauptverantwortlich für diese Ent-

wicklung ist die stetig steigende Anzahl von Kraftfahrzeugen, für die ihre Halter keine eigenen Abstellflächen vorweisen können – und bisher auch nicht müssen.

Der öffentliche Raum auf den Straßen ist jedoch limitiert und kann nicht in diesem Maße von nur einer Nutzergruppe privilegiert und zugleich kostenfrei bean-



Caroline Oursin

sprucht werden, sondern muss in Zukunft ausgeglichen verteilt werden. Daher kann das Parken auf den Straßen in Zukunft nicht mehr uneingeschränkt und auch nicht unentgeltlich erfolgen. Denn: Die Herstellung von öffentlichen Parkflächen ist für die Stadt mit Kosten von circa 200 Euro pro Quadratmeter verbunden, was bei einem durchschnittlichen Fahrzeugflächenverbrauch von circa zwölf Quadratmetern einer

Bereitstellungssumme von circa 2400 Euro entspricht. (Darstellung Klaus Dullisch im AUT vom 21.1.2021).“

## Parkdruck senken

Die Fraktion der Grünen unterstützt die Charta zur Parkraumbewirtschaftung der Agglo Basel ausdrücklich. Deren Ziel ist eine grenzüberschreitende Len-



Fritz Böhrler

kung des Verkehrsaufkommens, des parkenden Verkehrs und des Parksuchverkehrs. Zonen mit hohem Parkdruck können so identifiziert und Abhilfe gegen ungewollte Verlagerungen des Parkverkehrs geschaffen werden.

Nötig seien Anreize, „die sowohl für die Problematik sensibilisieren als auch konkrete Lösungen bereitstellen, um den Parkdruck zu senken, indem Autos auf dem Privatgrundstück abgestellt

oder Parkgaragenplätze genutzt werden“, heißt es in dem Antrag der Grünen. Für Anwohner, die hierfür keine Möglichkeit haben, sollen Anwohnerparkplätze eingerichtet werden. Zweit- und Drittautos müssten dann ausgewiesen werden, und auch hier müssten sich die Besitzer um eine Abstellmöglichkeit bemühen.

## Straßen anders nutzen

Es müsse deutlich werden, dass die Anschaffung eines Autos auch jenseits der eigentlichen Mobilität diverse Folgekosten nach sich ziehe, die nicht mehr unentgeltlich sein könnten. Die KFZ-Steuern seien weit davon entfernt, die dadurch erzeugten Kosten auch nur annähernd zu decken.

„Es soll in der Bevölkerung das Bewusstsein dafür wiederbelebt werden, dass öffentliche Straßenräume verschiedentlich genutzt werden können. Statt parkender Autos könnte Kindern mehr Platz gegeben werden; es könnten neue Grünräume entstehen, sichere, getrennte Verkehrswege für den Langsamverkehr eingerichtet und grundsätzlich die Attraktivität des Fuß- und Radverkehrs gefördert werden“, schreiben die beiden Grünen-Stadträte Caroline Oursin und Fritz Böhrler.